

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/48. Jahrgang

Oktober 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

Was ist an der Wohnbau sozial?

Knapp eine halbe Million Euro zahlt die Stadt, damit 121 Wohnungen der Wohnbau nicht aus der Sozialbindung herausfallen, hinzu kommt ein Zuschuss von 761.000 Euro, der beim Land Hessen beantragt wurde. Dies wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung einstimmig ohne Diskussion beschlossen. Eigentlich eine gute Sache – oder nicht?

Genau besehen bedeutet das: die Wohnbau bekommt über eine Million Euro dafür, dass sie in den nächsten 10 Jahren für diese Wohnungen die Miete nicht erhöht. Für eine Gesellschaft, die dem Gemeinwohl verpflichtet sein soll, ist das ein hanebüchener Witz. Niemand zwingt sie; sie könnte jetzt die Miete erhöhen, muss

das aber doch nicht – sie nennt sich doch „sozial“!

Ohnehin sind nur noch 1827 (von insgesamt 7112) Wohnungen der Wohnbau preisgebunden. Statt gegen diesen Skandal etwas zu unternehmen, betreibt die Wohnbau ihr Steckenpferd „energetische Sanierung“. Sozialwohnungen werden renoviert und zum Passivhaus umgebaut.

Jüngstes Beispiel: die Hochhäuser in der Eichgärtenallee.

Auch hier steigen die Mieten: die Bestandsmieten von bisher durchschnittlich 4,30 Euro auf 6 Euro, bei Neuvermietung werden 7,50 bis 8 Euro fällig. Nicht nur wegen der Mietsteige-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Infostand der DKP in der Fußgängerzone. Am 14. Oktober werden wir - nach der Wahl - wieder da sein. SPD/CDU/CSU haben den verdienten Denkzettel bekommen und die BRD insgesamt ist - nicht nur wegen der AfD – nach rechts gerückt. Ein ausführlicher Artikel zur Wahl steht auf Seite 2.

Rettet die Alte Post



Ende September prangte dieses Transparent am Gerüst der Alten Post in der Bahnhofstraße.

Dies ist die einzig vernünftige Losung zum Erhalt der Alten Post. Die Forderung nach Fassadensicherung greift zu kurz. Der Verfall insgesamt muss gestoppt werden. Die neugegründete BI bleibt am Ball. Sie sammelt Unterschriften für eine Petition, die am 16.11. auf der Sitzung des Stadtparlaments übergeben werden soll. Geplant sind außerdem Infostände (14.11.) und weitere Treffen (20.10.) Siehe: <https://www.altepost1863.de>

Inhalt:

Nach Wahl: Kapital-Parteien gestärkt S.2
Bürgerbeteiligung/Kitas/Parkplätze S.3
Uniklinikum/DKP-Soli mit Streik S.4
Barbetrieb in Wieseckau/Jobcenter S.5
DKP zu Korea/Friedensnetzwerk S.6
100 Jahre Oktoberrevolution/SDAJ-Aktion S.7
Berufsverbote/Termine/Kuba-Hilfe S.8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Nach den Wahlen: Kapital-Parteien insgesamt wurden gestärkt

Die Bundestagswahl zeigte eine eindeutige Rechtsentwicklung: deutliche Verluste von SPD sowie CDU/CSU, Gewinne der FDP und ein hohes AfD-Ergebnis. Mit dem jahrzehntelangen CDU-Spitzenfunktionär Gauland sitzt nun ein Wehrmachtsverherrlicher im Bundestag, den man – entsprechend dem Greif-Verehrer Jordan – als Faschist bezeichnen kann. Deren Gedankengut unterscheidet sich jedoch nur unwesentlich von dem eines Rassisten wie Sarrazin (SPD) oder Ausländerfeindes wie Imer (CDU) und dürfte bei vielen AfD-Mitgliedern und -wählern verbreitet sein. Die Linkspartei konnte ihr Ergebnis aufgrund von Zuwächsen im Westen leicht verbessern, während sie in Ostdeutschland teilweise hohe Verluste hinnehmen musste, insbesondere in Thüringen, wo ihr Ministerpräsident Ramelow es geschafft hat, ein Drittel der Wähler zu verlieren. Über das AfD-Ergebnis wird nun lamentiert, wo es doch vorhersehbar war. Es ist die Quittung dafür, dass zunehmende Armut und Existenzängste der Menschen den Herrschenden vollkommen egal sind. Seit ihrer Gründung wird die AfD von den Medien (auch der Gießener Allgemeinen)

hohiert und ihr höchste Beachtung gezollt. Übrigens auch von der Gießener Polizei, die ihre Infostände mit bis zu vier Einsatzwagen „schützte“.



Und sie erhielt viele Millionen Euro "Wahlkampfunterstützung", deren Spender nicht genannt werden müssen. Neben den Themen der AfD – Flüchtlinge und deren angebliche Kriminalität sowie „Sicherheit und Ordnung“ – spielten im Wahlkampf Klima und Umwelt (Diesel) sowie Bildung eine Rolle. Das Gerede der SPD von „sozialer Gerechtigkeit“ wurde ihr zu Recht nicht abgenommen, hat sie doch selbst mit der Agenda 2010 die Verarmung eingeleitet und ist für die Senkung der Renten von früher 70% auf jetzt 48% des vorherigen Verdienstes verantwortlich.

Wenige Wochen vor der Wahl wurde bekannt, dass es 40% der Bevölkerung heute schlechter geht als vor 20 Jahren. Doch die Probleme der arbeitenden Menschen und der Erwerbslosen, die unter Hartz IV, Leiharbeit und zunehmender Verelendung zu leiden haben, spielten im Wahlkampf so gut wie keine Rolle. Sie werden es auch im künftigen Bundestag nicht tun. Denn die Parteien des Kapitals, die für Kriege und Sozialabbau verantwortlich sind, wurden insgesamt gestärkt und werden ihre Politik fortsetzen, wie es ihre Aufgabe ist. Auch die AfD hat darin ihren Platz. Dabei bereiten sie sich schon auf härtere Zeiten vor. Dass irgendwann der Zeitpunkt kommen wird, an dem sich die Ausgebeuteten nicht mehr einlullen lassen, sondern Tacheles reden, ist ihnen bewusst. Dafür haben sie ihr System der Überwachung, der „Terrorgesetze“, der Polizeibefugnisse aufgebaut, dessen Tauglichkeit während des G-20-Gipfels schon mal erprobt wurde. Widerstand tut Not. Erika Beltz

Zum Ergebnis der DKP

Die DKP ist erstmals seit 1989 wieder zu den Bundestagswahlen angetreten. Sie konnte ihre Positionen durch die Kandidatur bekannter machen - ohne Illusionen über das Ergebnis. Dennoch hat die DKP in Gießen etwas mehr Stimmen als bei der letzten EU-Wahl bekommen. Und dies obwohl mit der MLPD eine weitere linke Partei kandidierte. Wie zu erwarten haben viele unserer Sympathisanten die Linkspartei gewählt, um deren Position im Bundestag zu stärken.



(Fortsetzung von Seite 1)
Wohnbau sozial?
 rung dürften Mieter verärgert sein. Die Fenster dürfen – außer zum Reinigen und kurzem Lüften - nicht mehr geöffnet werden, die Balkone wurden verglast und sind als solche nicht mehr zu benutzen – kein Sitzen im Freien, kein Wäschetrocknen, keine Kleidung lüften. Sind die Mieter überhaupt gefragt worden?
 Das Geschäftsgebaren der Wohnbau ist das einer normalen kapitalistischen Wohnungsbaugesellschaft. Auch wenn Herr Thies das nicht wahrhaben will und sich an unserem Info-Stand

über das Gießener Echo beschwerte. Einen Fehler konnte er in unseren Artikeln nicht nachweisen. Ihre Umwandlung in eine kapitalistische „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ muss wieder rückgängig gemacht und die Wohnbau in die Verantwortung des Stadtparlaments zurückgegeben werden, wo die gewählten Stadtverordneten öffentlich über die Wohnungspolitik beraten und beschließen, wie es früher war. - Derweil mehren sich bei uns die Beschwerden der Mieter: von der Weigerung, Wasseruhren einbauen zu lassen bis zu Ratten im Keller. Michael Beltz

Bürgerbeteiligung: Außer Spesen nichts gewesen

Die vor zweieinhalb Jahren beschlossene Satzung zur Bürgerbeteiligung war Gegenstand einer umfangreichen und entsprechend teuren Ausarbeitung von Wissenschaftlern der JLU, die die Stadt in Auftrag gegeben hatte. Ihr Ergebnis ist vernichtend: die meisten Menschen sind nicht richtig darüber informiert, es fehlt an politischer Wirksamkeit, sie beinhaltet ein Artikulations- und Informationsrecht, aber kein Entscheidungsrecht. Folglich wurde bisher auch kein einziger Bürgerantrag, der von 500 Betroffenen gestellt werden kann, im Stadtparlament behandelt, kurz gesagt: ziemlich nutzlos.

In der folgenden Debatte über diesen Bericht ging es nicht nur um eine grundsätzliche Kritik an diesem Werk, sondern auch um die Art und Weise,

wie dort über Bürgerinitiativen geurteilt wurde. Empört wurde zu Kenntnis genommen, dass die BI „Lebenswertes Gießen“ als hochmütig und anmaßend bezeichnet wurde. Darüber hinaus genüge der Bericht nicht wissenschaftlichen Standards, was insbesondere die Quellenangaben betrifft. Jetzt befasst sich die Ombudsstelle der Uni mit den Vorwürfen. Als Anfang 2015 die Diskussion um die Bürgerbeteiligung in Gießen geführt wurde, erinnerten wir daran, dass in Gießen 5500 Unterschriften gegen die Landesgartenschau gesammelt wurden, ohne dass sich die Stadt davon hätte beeindruckt lassen und der BI nur Steine in den Weg gelegt hat – die LaGa wurde mit allen Mitteln gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung durchgedrückt.

Im Gießener Echo (1/15) schrieben wir damals unter der Überschrift „Bürgerbeteiligung – das große Sandkastenspiel“: *Es ist ja auch Sinn und Zweck des Parlamentarismus: den Menschen Sand in die Augen zu streuen und den Anschein von Demokratie (= Volksherrschaft) zu erwecken, aber zu tun, was im Interesse des herrschenden Kapitals liegt. Der Wille der Menschen spielt auf kommunaler Ebene (LaGa, Stuttgart 21...) genauso wenig eine Rolle wie auf Bundesebene, wo sich die große Mehrheit folgenlos gegen die stetige Umverteilung von unten nach oben ausspricht sowie gegen Kriege – und Kriegshetze.*

Bestätigt wird diese Einschätzung parlamentarischer Gepflogenheiten durch das jüngste Projekt „Zukunft Stadtgrün“, für das im August bereits ein Förderantrag gestellt worden war, lange bevor das Stadtparlament (geschweige die Bürger) überhaupt darüber informiert wurde. Erika Beltz

Parkplatz – Schwindel

Aus gutem Grund gibt es in Gießen eine Stellplatzsatzung. Pro neu gebauter Wohneinheit müssen 1,5 Parkplätze bereitgestellt werden. Ähnliche Vorschriften gibt es in der hessischen Bauordnung. Um diese Vorschriften zu umgehen, haben sich die Investoren für das Baugebiet Bergkaserne etwas ausgedacht: ein autoreduziertes Gebiet für Leute, die kein eigenes Auto wollen. Sie konnten damit tatsächlich erreichen, dass sie für 190 Wohneinheiten nur einen Stellplatz pro Wohneinheit bereitstellen müssen. Damit sparten sie die Baukosten für 95 Parkplätze und konnten darüber hinaus mehr Wohnungen errichten – ein Geschenk in Höhe von mehreren Millionen Euro. Die versprochene Autolosigkeit der neuen Bewohner steht allerdings nur auf dem Papier. In der Werbung für die Immobilien ist keine Rede davon. Ein großer Teil der Reihenhäuser ist schon verkauft, kein einziger der Bewohner verzichtet auf ein Auto. Michael Janitzki, Stadtverordneter der Gießener Linken, hat deswegen eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht.



Kita: Gebührenerhöhung statt Kostenfreiheit

Kurz vor der Bundestagswahl hat Hessens Ministerpräsident Bouffier ein Wahlgeschenk verkündet – Kindergärten sollen in Zukunft kostenlos genutzt werden können. Allerdings gilt das nur für Kinder über 3 Jahre und nur für maximal 6 Stunden täglich – in Gießen werden 80% der Kinder länger betreut. Dieses Geschenk geht auf Kosten der Gemeinden, denn das Land will zum Ausgleich nur 136 Euro pro Kind und Monat zuschießen. Eigentlich gilt in Hessen das sogenannte Konnexitätsprinzip – von der Landesregierung verursachte Kosten müssen auch vom Land getragen werden. Dagegen wird hier massiv verstoßen. Die Gemeinden versuchen, mit verschiedenen Modellen die entstehenden Kosten auf die Eltern abzuwälzen. In Gießen sollen „besser verdienende“ Eltern zur Kasse gebeten werden, mit höheren Gebühren und Wegfall der Gebührenfreiheit ab dem 3. Kind. Das widerspricht dem auch von der SPD vertretenen Grundsatz, dass Kitas im Rahmen der kostenlosen Bildung generell gebührenfrei sein sollten.

Die DKP ist zwar für eine höhere Besteuerung der Reichen, diese Mehrbelastung hat damit aber nichts zu tun. Nicht Eltern, die ein paar Euro zu viel verdienen, sollen abkassiert werden, sondern hohe Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Konzerngewinne sollen besteuert werden, dann wäre genug Geld da, um allen Kindern einen kostenlosen Besuch aller Betreuungseinrichtungen zu ermöglichen. G.B.

Uniklinikum – die Rhön-Bosse auf Trab bringen

Jeder Betroffene und jeder Interessierte weiß Bescheid über den unzumutbaren Personalmangel am Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM). Fast jeder Patient spürt ihn, Beschäftigte wenden sich in ihrer Not an die Presse, die Zahl der Überlastungsanzeigen steigt, ebenso der Krankenstand. Arbeit am Klinikum macht krank. Nur die Geschäftsführung streitet alles ab und behauptet, eigene Umfragen hätten ergeben, dass alles in Ordnung sei. So eine Umfrage kann man sich gut vorstellen – Vorgesetzte fragen ausgesuchte Beschäftigte

„Sie wollen sich doch nicht beklagen, oder?“ und bekommen dann sicher ehrliche Antworten. Besonders übel verhält sich der Vorstandsvorsitzende der Rhön AG, S. Holzinger. Er hat mehrfach gegenüber Presseorganen geäußert, er wolle die Rhön-Kliniken auf Trab bringen, damit sie noch mehr Profit erwirtschaften. Jetzt dreht das Personal den Spieß um und versucht, den Vorstand auf Trab zu bringen, um mehr Kolleginnen und Kollegen einzustellen. Ein Warnstreik in Gießen und Marburg und eine Demonstration in Marburg zeigten die Kampfbereitschaft – das

war erst der Anfang. In keinem anderen Uniklinikum in Deutschland wird ein so großer Teil der Einnahmen (die eigentlich nur für die Krankenversorgung berechnet sind) für Gewinn, Zinsen und Tilgungen abgezweigt wie am UKGM. Wenn die Krankenhäuser ohne Gewinnerwartung geführt würden und das Land Hessen seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Bezahlung der Investitionen nachkäme, dann könnte so viel Personal eingestellt werden, dass die Beschäftigten genug Zeit für gute Arbeit hätten und die Patienten gut gepflegt gesund werden. Gernot Linhart

DKP solidarisch mit den Streikenden

Zu Beginn des Streiks am 19. 9. um 6 Uhr morgens waren auch DKP-Mitglieder vor Ort, um den Streikenden ihre Solidarität zu übermitteln. Die 200 Exemplare des Solidaritätsschreibens des Kreisvorstands der DKP Gießen waren schnell verteilt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder der DKP Gießen grüßen Euch und versichern Euch ihre Solidarität in Eurem berechtigten und notwendigen Kampf um eine Verbesserung Eurer Arbeitsbedingungen. Seit Jahren macht das UKGM auf Kosten des Pflegepersonals und der Patienten dicke Profite, während Euer Stress zunimmt und die Kranken nicht immer ausreichend versorgt werden können. Eine Verbesserung des Personalmindeststandards und dessen strikte Einhaltung sind dringend erforderlich. Der jetzige Zustand ist nicht nur

für Eure eigene Belastung untragbar, sondern gefährdet auch das Wohl der

das Wohl der Kranken, sondern der Profit des Konzerns und die Dividende der Aktionäre oberste Priorität hat.



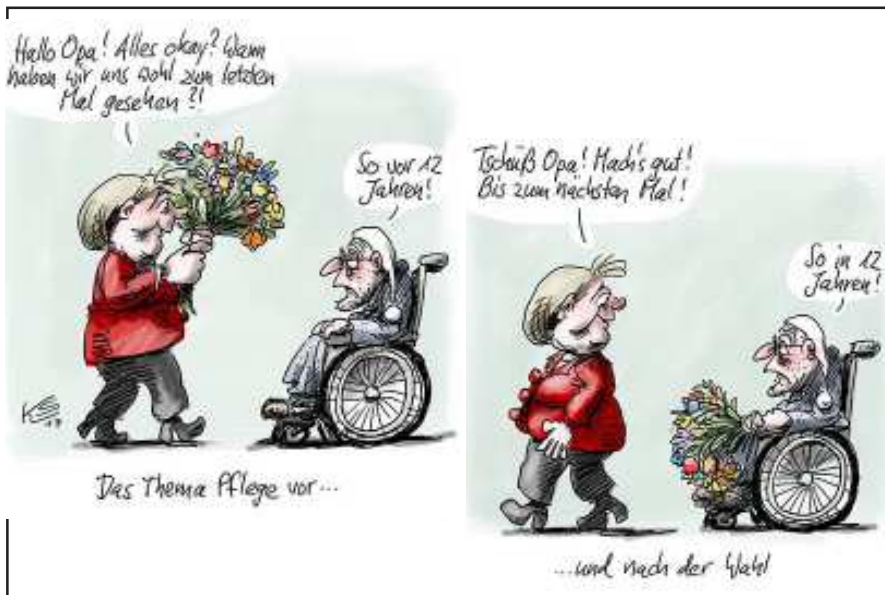
Die DKP unterstützt die Forderung nach Rückkauf des UKGM durch das Land Hessen. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um auch öffentlich für Eure Interessen gegen den Rhön-Konzern einzutreten.

Patienten, was an der hohen Zahl an Überlastungsanzeigen zum Ausdruck kommt. Wenn derzeit hunderte Stellen fehlen, so ist das auch das Ergebnis der Privatisierung der beiden Unikliniken, bei denen jetzt nicht mehr

Wir unterstützen Euren Streik und wünschen Euch viel Erfolg. Mit solidarischen Grüßen
DKP - Kreisvorstand Gießen

Krankenhaushygiene mangelhaft

Im Rahmen des Kampfes für mehr Personal in Kliniken hatte die Gewerkschaft ver.di eine „Aktion Händewaschen“ organisiert. An einem Tag sollten in bundesweit ausgesuchten Krankenhäusern alle Hygienevorschriften eingehalten werden, zum Beispiel Händewaschen nach jedem Patientenkontakt. Fast überall musste die Aktion nach spätestens 2 Stunden abgebrochen werden, weil die Beschäftigten zu sehr in Zeitverzug kamen. Wo die Aktion bis zum Schichtende durchgehalten wurde, arbeiteten die Pflegerinnen und Pfleger bis zu 2 Stunden länger. Ein weiterer Beweis dafür, dass eine gesetzliche Regelung für einen besseren Personalschlüssel in Kliniken durchgesetzt werden muss. G.L.



Barbetrieb und Massenfeten im Landschaftsschutzgebiet

Die grüne Bürgermeisterin macht's möglich

Eine seltsame Zuneigung und Sympathie gegenüber dem „Strandbar“-Pächter in der Wieseckau finden wir bei Bürgermeisterin Weigel-Greilich und dem Vorstand des Fördervereins. „Der Park lebt von der „Strandbar“, ohne sie wäre er halbtot...“ wird wahrheitswidrig von A. Pfeffer (Gießener Anzeiger, 8.9.17) schwadroniert.

Und Weigel-Greilich betont die „Risikobereitschaft“, die den Gastronomen unersetzlich für die Stadt macht. Auf Teufel-komm-raus reden die Verantwortlichen der Landesgartenschau jetzt scheinbare Erfolge ihrer „Stadt-park“-Politik herbei. Dabei gehen sie zwar nicht über Leichen, aber Naturschutz ist in diesem Landschaftsschutzgebiet dabei hinderlich. Denn Naturschutz bringt keine Gebühreneinnahmen für die gebeutelten Stadtfinanzen.

Da ist es nicht verwunderlich, wenn die Stadt bei Verstößen gegen den Naturschutz oder die Sicherheit der Bürger ein Auge zudrückt.

Erst das Einschreiten des Regierungspräsidiums konnte die Sicherheit neben den Gastanks garantieren, obwohl das Ordnungsamt informiert war. Baggerarbeiten und LKW-Fahrten während der Brutzeiten bekommen Sondererlaubnisse.

Jetzt durfte der Betreiber sogar offene

Alkoholwerbung auf einem Kinderfest des Fördervereins betreiben.

Michael Beltz (Gießener Linke, DKP) befragte die Bürgermeisterin im Parlament zu den Lücken ihrer Aufsicht. Verwundert reibt man sich die Augen: Auf der einen Seite brüskiert der Magistrat in Gießen Dutzende von Gastwirten mit einer überfallartigen und übermäßigen Erhöhung der Gebühren für Außenbewirtschaftung – auf der anderen Seite weint Bürgermeisterin Weigel-Greilich Krokodils-

tränen, weil es dem Bewirtschafter der „Strandbar“ in der Wieseckau so schwer gemacht würde.

Aber rechtfertigt das eine „Lizenz zum Rechtsbruch“?

Und: Man sollte das „Weinfest“ im nächsten Jahr auf dem Kirchenplatz veranstalten.

Dort hat „Kettensägen“-Gerda längst allen Bäumen den Garaus gemacht.

Dann müsste man nicht schlafende Vögel mit Lautsprechern beschallen.

M. Berger



Kein Ende der Fehler vom Jobcenter

„Jobcenter: unfähig oder minderbemittelt?“ lautete unsere Überschrift im letzten Echo. Als wollten sie dies noch bekräftigen, leistete sich das Jobcenter den nächsten Hammer.

Ein Klient wurde aufgefordert, Wohngeld zu beantragen. Das ist sinnlos, weil wer Hartz IV bezieht kein Wohngeld bekommt. Dennoch hat der Betroffene, um der „Aufforderung zur Mitwirkung“ nachzukommen, einen Antrag gestellt, der abgelehnt wurde. Der Bescheid wurde umgehend ans Jobcenter weitergeleitet – und versank anscheinend im Aktenwust.

Jedenfalls kam Wochen später die ultimative Aufforderung, „die Berechnung der Wohngeldstelle vorzulegen“, sonst, „können die Geldleistungen ganz versagt werden, bis Sie die Mitwirkung nachholen. Dies bedeutet, dass Sie keine Leistungen erhalten.“

Selbstverständlich wurde sofort Widerspruch eingelegt. Eine Antwort steht noch aus – ob sie immer noch suchen...?

Gleichzeitig wurde es abgelehnt, ihm die Rezeptgebühren in Höhe von zehn Euro, zu erstatten, auf die jeder einen Anspruch hat, weil sie im Regelsatz nicht enthalten sind. Unfähig oder minderbemittelt?

Der ihm vorenthaltene Fahrtkostenzuschuss (s. Echo 9/17) wurde nach seinem Widerspruch erstattet: immerhin fast 50 Euro. Wer weiß, was das Jobcenter alles wegen falscher Bescheide kassiert, gegen die kein Widerspruch eingelegt wird.

DKP zu den Spannungen auf der koreanischen Halbinsel: „Die KDVR muss sich gegen die Bedrohungen schützen.“

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) unterstreicht ihre Forderung nach einem umfassenden Friedensvertrag für die beiden koreanischen Staaten, die auch eine atomwaffenfreie Zone in der gesamten Region beinhaltet. Ein solcher Friedensvertrag schließt die gegenseitige Anerkennung sowie den Verzicht auf jede Art von militärischer Gewalt ein. Das wiederum hat als notwendige Vorbedingung den Abzug aller militärischen Unterstützung durch Waffen und Soldaten seitens der Vereinigten Staaten für die Republik Südkorea...

Patrik Köbele, der Vorsitzende der DKP, stellt dazu fest: „Solange hunderttausende US-Soldaten im Süden der koreanischen Halbinsel stationiert sind, solange der Süden hochgerüstet wird und immer wieder provozierende Militärmanöver der US-Armee und der südkoreanischen Armee an den Grenzen zur KDVR stattfinden, solange muss diese einen eigenen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg suchende Volksrepublik sich gegen alle militärischen Bedrohungen schützen.“

Die Koreanische Demokratische Volksrepublik braucht Sicherheitsgarantien. Nur so wird sie von einem Weg abzubringen sein, der sie notwendigerweise und in Konsequenz aus den US- und NATO-Vernichtungskriegen dieses Jahrhunderts gegen den Irak, Libyen oder Syrien zur Schlussfolgerung treiben muss, sich einzig durch Atomwaffen unangreifbar machen zu können. Dabei berücksichtigt die Führung der KDVR auch, dass Atomwaffen ein einziges Mal eingesetzt wurden – 1945 in Japan, ausgerechnet

durch die USA, die für die KDVR die augenblicklich einzige Bedrohung darstellen...

Die Deutsche Kommunistische Partei fordert alle Atomwaffenstaaten, und dabei in erster Linie die USA, auf, den Forderungen des Atomwaffensperrvertrages nachzukommen und die Vernichtung des eigenen Atomwaffenarsenals einzuleiten. Allein eine umfassende Abrüstungspolitik der Atomwaffenmächte kann die Weiterverbreitung dieser Massenvernichtungswaffen verhindern.



Podiumsdiskussion des Friedensnetzwerkes

Am Antikriegstag, dem 1. September, folgten über 80 Interessierte der Einladung des Gießener Friedensnetzwerkes zur Podiumsveranstaltung mit den Di-

vierten die bürgerlichen Kandidaten und sahen in Kriegen allenfalls ein notwendiges Übel, wenn nicht gar eine Notwendigkeit. Fragen aus dem Publi-

**Redaktionsschluss für
November-Echo: Mi., 18. Okt.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de



Foto: v.l. : Henning Mächerle (DKP), Wanja Lange (MLPD), Ali Al-Dailami (Die LINKE), Eva Goldbach (Grüne), Martina Lennartz (Moderation), Matthias Körner (SPD), Diego Semmler (FW), Gerhard Noeske (CDU)

rektkandidaten zur Bundestagswahl in die Evangelischen Studierenden Gemeinde in die Henselstraße in Gießen.

Während die Vertreter der drei linken Parteien sich eindeutig gegen jeden Krieg aussprachen und dessen Ursachen im Kapitalismus benannten, la-

kum wurden von ihnen oft ausweichend, manchmal gar nicht beantwortet.

Einig waren sie sich auch im Gegensatz zu den drei Linken, dass die Militärausgaben drastisch erhöht werden sollen, was von den meisten Anwesenden abgelehnt wurde.

Vor 100 Jahren: Große Sozialistische Oktoberrevolution in Russland

Im November diesen Jahres jährt sich die russische „Oktoberrevolution“ zum einhundertsten Mal. Auch wenn heutzutage kaum noch jemand von dieser Revolution spricht, so war sie eines der wichtigsten historischen Ereignisse des vergangenen Jahrhunderts, welches enorme Einflüsse auf den weiteren Verlauf der Geschichte haben sollte, die bis heute spürbar sind. Das zaristische Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts war ein im Vergleich zu anderen Staaten rückständiges Land, dessen Bevölkerung zu großen Teilen aus Bauern bestand und dessen industrieller Wirtschaftszweig zum Verschwinden klein war.

Abgesehen von seiner wirtschaftlichen Schwäche war das russische Zarenreich aufgrund seiner territorialen Ausdehnung und der militärischen Ausstattung dennoch eine der großen Mächte, die sich in mehreren kleinen Kriegen mit den anderen Großmächten um diverse Ländereien stritt.

Dieses Wettrennen um Territorien, das man heute mit dem Begriff des Kolonialismus beschreibt, spitzte sich immer

weiter zu, bis schließlich am 1. August 1914 mit der Kriegserklärung Deutschlands gegen Russland der erste Weltkrieg begann.

Im Verlauf dieses Krieges hatten die Herrschenden der jeweiligen Kriegsnationen immer mehr Schwierigkeiten, ihre Bevölkerung aufs Feld zu mobilisieren. Überall regte sich Widerstand gegen die Zwangseinziehungen und den Krieg. So auch in Russland, wo sich am 8. März 1917 nach kurzen Straßenkämpfen, die zur Aufstandsbekämpfung eingesetzten Soldaten den Demonstranten anschlossen und mit ihnen gemeinsam die Peter-Pauls-Festung stürmten, woraufhin Zar Nikolaus II. abdankte.

Dies war der Startschuss für die folgende Oktoberrevolution, bei der sich die Bolschewiki unter der Führung von W.I. Lenin gegen die provisorische Regierung durchsetzten und somit den Arbeitern und Soldaten zur Macht verhalfen. Mit der Gründung der Sowjetunion wurde das erste Mal in der Geschichte eine sozialistische Gesellschaft geschaffen. Erstmals konnte



die Arbeiterklasse die Staatsmacht so ausüben und die Produktion so verwalten, dass sie den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung diene. Eine Reihe von sozialen Errungenschaften, wie kostenlose Gesundheitsfürsorge und Bildung, Zugang zu Kultur für alle Menschen und das Recht auf Arbeit wurden verwirklicht.

Nicht zuletzt trug die Sowjetunion den größten Anteil an der Niederlage des deutschen Faschismus 1945, schränkte die Handlungsmöglichkeiten der Imperialisten bedeutend ein und förderte antikoloniale und sozialistische Erhebungen in vielen weiteren Ländern. SDAJ Gießen

3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Gegen Merkel und Faschisten – Aktionsbericht

Am Donnerstag, dem 21. September war ungewöhnlich viel los in Gießen. Die Bundeskanzlerin hatte sich zu einer Wahlkampfveranstaltung angekündigt. AfD und NPD versuchten ihrerseits die berechtigte Frustration in der Bevölkerung auszunutzen, um über die „Merkel muss weg“-Nummer Stimmen zu fangen und ihre Propaganda zu verbreiten.

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) war mit einer Kundgebung auf dem Kirchplatz vor Ort, die sich sowohl gegen die herrschende Politik von Parteien wie CDU und SPD, als auch gegen die Instrumentalisierung unserer Probleme durch Faschisten und Rassis-

ten richtete. Außerdem hatte der DGB eine Kundgebung angemeldet. Da eine Menschenmenge sogleich den Stand der AfD umzingelt hatte, blieb den arbeitgeberfeindlichen Hetzern nicht viel mehr, als sinnlos ihre Wahlplakate in die Höhe zu halten. Als dann um 17 Uhr die NPD mit ihrem

Lautsprecherwagen vorfuhr, zogen sofort etwa 100 Menschen zum Kreuzplatz, wo die Faschos ihre Kundgebung abhalten wollten.

Zu unserer Freude zogen die Wahlkampffrontsoldaten der NPD deshalb auch samt Fahrzeug sofort wieder ab. War wohl nichts mit rassistischer Stimmungsmache.

Später fielen vier Aktivistinnen und Aktivisten von „Der Marsch 2017“, einer rechtsradikalen, selbsternannten „Bürgerbewegung“ auf. Diese gönnten sich in einem Café eine Cola, nachdem sie bei Merkel gepöbeln hatten. Höflich aber bestimmt wurden sie von einigen Antifaschistinnen und Antifaschisten dazu gebeten, das Café zu verlassen – mit Erfolg.

SDAJ Gießen



Berufsverbote: "vergessene Geschichte"

**Ausstellung über politische Verfolgung in der BRD
vom 16.11. bis 30.11. im Erdgeschoss des DGB-Hauses**

Vor 45 Jahren trat unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) der sog. Radikalenerlass in Kraft. Jeder, der „nicht die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“, sollte aus dem öffentlichen Dienst entlassen bzw. nicht eingestellt werden. Der Wortlaut ist identisch mit einem entsprechenden Gesetz, das auch die Nazis erlassen haben und richtete sich – wie damals – vor allem gegen Kommunisten und andere engagierte Demokraten.

Das war der Beginn einer maßlosen Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung. Bundesweit gab es bis zu 3,5 Millionen Überprüfungen, 11.000 offizielle Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. In Gießen waren die beiden Postbeamten Axel Brück und Egon Momberger sowie der Lehrer Mario Berger Opfer von Berufsverbot, und es gab zahlreiche weitere Verfahren. Eine Rehabilitierung hat bis heute nicht stattgefunden.



Ausstellungseröffnung: Donnerstag, 16.11. , 18 Uhr

Sie wurde organisiert vom Bündnis "Berufsverbote Hessen", dem die IG-Metall Bezirk Mitte, ver.di Hessen, die GEW Hessen, die VVN/BdA Hessen sowie Betroffene angehören.

Außerdem gibt es zwei Veranstaltungen zum Thema, die beide vom DGB Mittelhessen sowie der DKP Gießen, VVN/BdA Gießen und der Roten Hilfe organisiert werden:

Podiumsdiskussion

Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP, und

Renate Bastian, vom Berufsverbot Betroffene und Stadtverordnete der Marburger Linke

Mittwoch, 22. November, 18 Uhr, DGB-Haus, Dachsaal

Diskussionsveranstaltung

zur Überwachung und politische Repression heute

Donnerstag, 30. November, 18 Uhr, DGB-Haus, Dachsaal

Henning Mächerle, Rote Hilfe

**Kuba braucht unsere Hilfe - Hurrikan "Irma" wütete auf Kuba
Spendenkampagne der Freundschaftsgesellschaft**

Hurrikan Irma, der stärkste Wirbelsturm in der Karibik seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, ist am 8. September in Kuba auf Land getroffen. Der Hurrikan der Kategorie 5 traf mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 260 Stundenkilometern, extremen Niederschlägen und mit bis zu 6 Meter hohen Wellen im Nordosten Kubas auf Land. Er verursachte schwerste Sturmschäden und weitflächige Überschwemmungen. Die Reparaturen werden Wochen und Monate dauern und Millionen Dollar kosten.

**Helfen
Sie mit!**



Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erbittet Spenden unter Angabe des Stichwortes "Hurrikanhilfe" Bank für Sozialwirtschaft, Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00, BIC: BFSWDE33XXX
Abzugsfähige Spendenquittungen sind über unsere Geschäftsstelle erhältlich:
Maybachstr. 159, 50670 Köln, Tel. 0221-2405120, Fax 0221-6060080.

DKP
Nachrichtenportal 

news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

**Samstag, 14. Oktober:
Infostand der DKP**

**Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern**

**Wir bitten um Überweisung
der Abo-Gebühren und um
Spenden**

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

**Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930 70.**

Es grüßt mit herzlichem Dank die
Echo-Redaktion

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**10 Wochen
kostenlos testen**
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de